



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft des Deutschlandtickets sichern: Sozial gerecht, nachhaltig finanziert und effizient vernetzt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich vor dem Hintergrund wiederkehrender politischer Diskussionen auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine dauerhafte Finanzierung über das Jahr 2025 hinaus gesichert wird. Die Landesregierung soll sich daher für die Streichung des Enddatums 31.12.2025 einsetzen. Damit wird sichergestellt, dass Bundesmittel über das Jahr 2025 hinaus eingeplant werden. Zudem setzt sie sich für eine Preisstabilität beim Deutschlandticket und dem daran gekoppelten Semesterticket für Studierende ein.
2. dass ein „Deutschlandticket sozial“ eingeführt wird, um sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen finanziell zu entlasten. Die Landesrabattierung ist entsprechend zu kalkulieren.
3. sich auf Bundesebene für die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen einzusetzen, um eine Finanzierung des Deutschlandtickets sicherzustellen.
4. die überregionale Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde zu intensivieren und Lösungsvorschläge zum Bürokratieabbau und Beseitigung von Doppelstrukturen dem Ausschuss für Infrastruktur und Digitales vorzulegen. Konkret sollen Lösungen präsentiert werden, wie eine Vereinheitlichung der Systemabläufe der Verkehrsverbünde erreicht werden kann, Personalressourcen effizient und effektiv eingesetzt werden und die Tarifsysteme unabhängig des Deutschlandtickets übersichtlicher eingeteilt werden.

Begründung

1. Das Deutschlandticket ist eine Säule für klimafreundliche Mobilität von morgen geworden und eine zukunftsweisende Tarifrevolution. Es ermöglicht einen einfachen Zugang zu Bussen und Bahnen im gesamten deutschen Verkehrsraum. Mit einem Ticketpreis von 49 € kam es zur deutschlandweiten Entlastung für Bürger*innen, die ihre Arbeits- und Freizeitwege mit dem ÖPNV bestreiten. Mittlerweile nutzen zwei von drei Fahrgästen in Bussen und Bahnen das Deutschlandticket, sodass das D-Ticket im ÖPNV-Alltag unverzichtbar geworden ist. Da zwei Drittel der studentischen Haushalte finanziell überlastet sind, ist es ebenfalls notwendig, die Preisstabilität im Zusammenhang mit dem Semesterticket zu garantieren.
2. Die Preissteigerung ab 2025 birgt das Risiko, dass Abonnements verloren gehen. Mit dem „Deutschlandticket sozial“ wird ein Rabatt für Personengruppen mit eingeschränktem Finanzrahmen geschaffen und so die Zahl der Abonnements gehalten bzw. erhöht. Begünstigt werden sollen unter anderem Personengruppen, die über 65 Jahre alt sind oder einen Freiwilligendienst ableisten. Ebenfalls sollen Personen mit Anspruch auf Bürgergeld oder die Grundsicherung sowie laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Kriegsopferfürsorge oder Wohngeld erhalten. Personen unter 18 Jahren sollen ebenso berücksichtigt werden. Andere Bundesländer wie Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Hamburg haben bereits verschiedene Rabattformen des Deutschlandtickets entwickelt.
3. Durch gezielte Initiativen im Bundesrat und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern kann der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden, um finanzielle Mittel aus klimaschädlichen Subventionen umzulenken.
4. Mit einer intensiveren Vernetzung wird die Interoperabilität der Verkehrsverbünde gefördert. Durch die Harmonisierung von Systemen können Doppelstrukturen bei Digitalisierungs- und Automatisierungsprozessen in Verwaltungsabläufen abgebaut werden, was zu einem effektiveren Einsatz von Personal und Material führt. Da Mobilität nicht an Regionsgrenzen haltmacht, bedarf es einer dringenden Tarifreform. Die aktuellen Strukturen erzeugen unnötig Bürokratie. Mit einem einfacheren System können mehr Nutzer*innen angezogen und langfristig Einnahmen gesteigert werden. Zur Verbesserung der Strukturen sollten daher unterschiedliche lokale Akteure eingebunden werden.